



Pressemitteilung

Berlin, 1. Mai 2018

Sperrfrist: 1. Mai 2018, 12 Uhr/Redebeginn

Irene Schulz: Tarifbindung sorgt für Sicherheit im Wandel

Berlin – Die Digitalisierung führt nicht von selbst zu einer solidarischen und gerechten Gesellschaft. „Nur mit starken Gewerkschaften, guten Tarifverträgen, einer hohen Tarifbindung und einer funktionierenden Mitbestimmung wird aus dem technischen auch ein sozialer Fortschritt“, erklärte Irene Schulz, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, auf der Maikundgebung des DGB in Berlin, die unter dem Motto „Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit“ steht. Die Arbeitsgesellschaft 4.0 dürfe keine digitalen Nomaden produzieren, die von Plattform zu Plattform ziehen, so Schulz, vielmehr müsse auch im digitalen Zeitalter der Maßstab gute Arbeit sein.

„Tarifverträge stellen sicher, dass der „Wettbewerb um die besten Ideen und nicht um die schlechtesten Löhne stattfindet“, sagte Schulz. Sie kritisierte dass manche Arbeitgeber sonntags das hohe Lied auf die Tarifpartnerschaft sängen und montags aus der Tarifbindung austräten. „Wer die Tarifbindung verlässt, verschafft sich eine bessere Marktposition und höhere Profite nicht über gute Produkte und Innovationen, sondern über Lohndumping. Das ist nicht nur gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ungerecht, sondern auch gegenüber tarifgebundenen Arbeitgebern“, stellt Schulz klar. Hier sieht die Gewerkschafterin den Gesetzgeber in der Pflicht. Bei Betriebsübergängen und Ausgliederungen müsse die Tarifbindung weitergelten.

Von den Arbeitgebern erwartet Schulz, dass sie in der Berufsausbildung mehr tun. 80.000 junge Frauen und Männer haben im vergangenen Jahr keinen Ausbildungsplatz gefunden, 300.000 Jugendliche durchlaufen eine der zahlreichen Maßnahmen zwischen Schule und Ausbildung, jeder vierte Azubi bricht seine Ausbildung ab. Schulz: „Wer über Fachkräftemangel klagt, muss diese Zustände ändern. Sonst bleibt die Diskussion über den Fachkräftemangel eine Scheindebatte.“ Jungen Menschen, denen von allen Seiten gepredigt werde, dass sie in der digitalisierten Arbeitswelt ein Leben lang lernen müssten, dürfe nicht schon der Start ins Berufsleben verwehrt werden.



An die Bundesregierung appellierte Schulz, mehr zu investieren. „Wir leben schon viel zu lange von der Substanz“ sagte die Gewerkschafterin mit Blick auf Kitas, Schulen, Hochschulen, Straßen und Brücken. Auch für die Digitalisierung würden deutlich höhere Finanzmittel gebraucht. „Anstatt Hartz IV-Empfänger zu sanktionieren, anstatt steigende Armut zu diffamieren“, müssten dafür endlich jene zur Verantwortung gezogen werden, die sich bisher „unsolidarisch und rücksichtslos ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entziehen“, sagte Schulz. Große Vermögen und Erbschaften müssten wieder ordentlich besteuert werden, überdies erwarte sie von der Bundesregierung dass Steuerhinterziehung und Steuerflucht konsequent verhindert werden.